

**Antrag 39/II/2025 KDV Steglitz-Zehlendorf**

**Keine Spekulation mit Leerstand bei gewerblichen Flächen – Länder und Kommunen handlungsfähig machen**

**Beschluss:** Annahme

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage einzusetzen, mit der Länder und Kommunen wirksam gegen den spekulativen Leerstand von Gewerbeflächen vorgehen können.

Entsprechend soll die Bundesregierung auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf entwickeln und vorlegen, der Ländern und Kommunen ermöglicht:

1. ein verpflichtendes Leerstandsregister für gewerbliche Flächen einzuführen,
2. Gebühren oder Abgaben auf dauerhaft leerstehende Gewerbeeinheiten zu erheben,
3. Zwischennutzungen rechtssicher zu erleichtern und zu fördern.

**Überweisen an**

Landesgruppe